

2x NEIN **zu den extremen** **Agrar-Initiativen**

Auswirkungen der Trinkwasser-Initiative auf die Konsumenten und die Schweiz generell

Die Verfügbarkeit von einheimischen Lebensmitteln sinkt

Verzichtet die Landwirtschaft komplett auf Pflanzenschutzmittel – auch solche natürlichen Ursprungs wie es die Initiative verlangt – sinkt die Produktionsmenge um bis zu 40%. Das gilt sowohl für die Bio- als auch für die herkömmliche Landwirtschaft. Höhere und sogar komplette Ernteauffälle sind nicht auszuschliessen. Gewisse Kulturen wie Kartoffeln, Raps oder Zuckerrüben gäbe es in der Schweiz wohl nicht mehr.

Schweizer Eier, Schweinefleisch oder Poulet werden zu Luxusprodukten

Für die meisten Geflügel- und Schweinehalter ist es nicht möglich, ihre Tiere ohne Futterzukauf zu ernähren. Es fehlt ihnen die dafür nötige Ackerfläche. Die einheimische Produktion würde rar und sehr teuer. Produkte aus der ausländischer Massentierhaltung würden inskünftig die Lücken in unseren Regalen füllen.

Schweizer Lebensmittel werden teurer

Der Verzicht auf jegliche Pflanzenschutzmittel und die Auflage des betriebseigenen Futters wäre mit hohen Mehrkosten verbunden. Gleichzeitig würde das inländische Angebot sinken. Beides würde sich im Ladenpreis niederschlagen und zu höheren Preise für das Essen führen. Herkunft Schweiz wäre bei vielen Produkten nur noch für Gutbetuchte erschwinglich. Das gilt nicht nur für das Angebot in den Läden, sondern auch in den Restaurants.

Mehr importierte Lebensmittel in den Verkaufsregalen

Um die Versorgung der Schweizer Bevölkerung trotz einer drastischen Reduktion der einheimischen Produktion sicherzustellen, müssten zwangsweise viel mehr Lebensmittel importiert werden. Dies wäre ein ökologischer Unsinn. Statt die Umwelt zu entlasten, würde sie zusätzlich belastet.

Die Lebensmittelqualität -und -sicherheit nimmt ab

Im Ausland produzierten Lebensmittel stammen aus Produktionsbedingungen, die bezüglich Ökologie und Tierwohl nicht mit dem Schweizer Standard mithalten können. Beanstandungen aufgrund von Pestizid-Rückständen sind bei importierten Lebensmitteln bis zu fünfmal höher. Da, im Falle einer Annahme der Initiative, viel mehr Lebensmittel importiert werden müssten, würden inskünftig Esswaren von schlechterer Qualität auf unseren Tellern landen.

Weniger einheimische Produktion bedeutet auch weniger

Versorgungssicherheit

Mit der Annahme der Initiative ginge der Selbstversorgungsgrad von aktuell fast 60% auf unter 40% zurück. In Zeiten von erschwerten Importbedingungen – wie z.B. im Falle eines erneuten Pandemie-Lockdowns – könnte dies sichere Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln bedrohen.

Gesamthaft ergibt sich kein positiver Effekt für die Umwelt

Die Initiative würde die Inlandproduktion schwächen und zu mehr Importen führen. Deshalb ist gesamthaft betrachtet die Umweltwirkung negativ, wie eine Studie der Forschungsanstalt Agroscope aufzeigte.

Das Wasser bleibt durch andere Stoffe belastet

Die Initiative fokussiert nur auf die Landwirtschaft und damit auf den einzigen Sektor, der überhaupt Umweltziele hat und an deren Umsetzung arbeitet. Sinnbildlich dafür sind die 64.8 t Industrie- und Haushaltschemikalien, 19.8 t künstliche Süsstoffe oder 16.9 t Arzneimittel, die jedes Jahr den Rhein hinunterfliessen, gegenüber 0.9 t Pflanzenschutzmitteln.

Foodwaste wird gefördert

Viele Nebenprodukte der Lebensmittelindustrie, wie z.B. Getreidekleie aus der Müllereibranche oder Schotte aus der Käseproduktion gelangen über die Nutztierfütterung indirekt wieder in der menschlichen Ernährung. Mit einer Annahme der Initiative wäre dies nicht mehr erlaubt. Wertvolle Futtermittel würden in Biogasanlagen oder in der Kehrichtverbrennung landen. Ohne Pflanzenschutzmittel können die Bauernfamilien ihre Ernte nicht mehr richtig schützen. Die Folge wäre verfaulende, nicht verkäufliche oder lagerfähige Ware und damit ebenfalls viel Foodwaste. Ökologisch gesehen völlig kontraproduktiv.

Arbeitsplätze gehen verloren

Die Schweizer Lebensmittelindustrie ist auf inländische Rohstoffe angewiesen. Nimmt das Angebot ab, lohnt sich die Verarbeitung in der Schweiz nicht mehr. Arbeitsplätze gingen verloren.

Ein herber Rückschlag für die Biodiversität

Der ökologische Leistungsnachweis bildet die Grundlage für den Erhalt von Direktzahlungen. Dieser legt fest, dass jeder Betrieb eine Mindestfläche für die Biodiversitätsförderung zur Verfügung stellen muss. Wer keine Direktzahlungen erhält, muss auch keine Biodiversitätsflächen anlegen. Im Vordergrund stünde plötzlich, das Maximum aus den bestehenden Ressourcen herauszuholen und nicht deren nachhaltige Nutzung.